

**+ + SPD-Initiative: Bremen bringt erweitertes Wahlrecht auf den Weg + +**



Björn Tschöpe



Sükrü Senkal



Valentina Tuchel

„Wer bei uns lebt, soll mitentscheiden!“ – getreu diesem Motto, hat die rot-grüne Koalition auf Initiative der SPD-Fraktion eine Erweiterung des Wahlrechts auf den Weg gebracht. „Wahlen sind das Herzstück unserer Demokratie – denn sie ermöglichen politische Teilhabe. Wir sind der Meinung: Diese Teilhabemöglichkeit sollten alle Menschen haben, die bei und mit uns leben.“, erklärt dazu der SPD-

Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe. Auch die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion macht deutlich: „Es gibt keinen Grund, Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten in Bremen leben, von dieser Mitgestaltungsmöglichkeit auszuschließen.“ Genau das ist aber bislang der Fall: In Bremen leben rund 80.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Sie haben hier ihren Lebensmittelpunkt, gründen Familien, schicken ihre Kinder zur Schule, zahlen Steuern und sind genau wie ihre Nachbarn mit deutschem Pass von allen politischen Entscheidungen betroffen. Dennoch sind Möglichkeiten an der Wahlurne mitzubestimmen, selbst für diejenigen mit EU-Pass begrenzt und für Staatsangehörige sogenannter Drittstaaten gar nicht vorhanden. Die Folge: Mit dem geltenden Wahlrecht werden etwa zehn Prozent der erwachsenen Bremerinnen und Bremer von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. „Genau das wollen wir ändern“, betont auch der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal. Anfang 2012 hat die Bürgerschaft daher auf Initiative der SPD-Fraktion einen Ausschuss zur Ausweitung des Wahlrechts gegründet. Dessen jetzt vorliegendes Ergebnis soll nun Grundlage für eine Gesetzesänderung sein. Senkal: „Künftig sollen bei den Wahlen für die Beiräte auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die mindestens fünf Jahre in Deutschland leben, das aktive und passive Wahlrecht erhalten.“ Darüber hinaus sieht die Gesetzesänderung vor, auch EU-Bürgerinnen und -Bürgern mehr Mitbestimmungsrechte einzuräumen. Sie sollen nicht mehr nur über die Zusammensetzung der Stadtbürgerschaft oder der Stadtverordnetenversammlung entscheiden, sondern auch bei den Landtagswahlen mitwählen können.

Nähere Infos zum Thema unter [www.spd-fraktion-bremen.de/top-themen](http://www.spd-fraktion-bremen.de/top-themen)

**+ + Optionspflicht: Entscheidungszwang abschaffen + +**



Valentina Tuchel



Sükrü Senkal

Seit dem Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern zusätzlich zur elterlichen auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Aufgrund der sogenannten Optionspflicht müssen sie sich jedoch bis spätestens zur Vollendung des 23. Lebensjahres entscheiden, welche der beiden Staatsangehörigkeiten sie annehmen oder ablegen. „Mit diesem Entscheidungszwang gehen viele Probleme einher“, sagt Valentina Tuchel, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

„Konflikte innerhalb der Familien sind oftmals programmiert. Für manche Elternteile ist es zum Beispiel nicht leicht, zu akzeptieren, dass ihr Kind die Staatsbürgerschaft

ihrer alten Heimat ablegt. Zudem sind in einigen Ländern Repressalien zu befürchten, wenn man die Staatsbürgerschaft ablegt.“ Auch rechtspolitisch sei die Optionspflicht fragwürdig, erklärt Tuchel. So sei es beispielsweise Kindern aus binationalen Ehen auch über das 23. Lebensjahr hinaus erlaubt, die doppelte Staatsbürgerschaft zu behalten. „Warum dabei mit zweierlei Maß gemessen wird, ist nicht zu verstehen. Die Optionspflicht gehört auch daher möglichst bald abgeschafft“, betont auch der inpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal. Um zu einer Neuregelung zu kommen, will die SPD-Fraktion nun zunächst im Parlament erfragen, wie die Situation in Bremen aussieht: „Wir wollen wissen, wie viele Personen in der Vergangenheit von der Optionspflicht im Land Bremen betroffen sind und wie viele sich in den nächsten fünf Jahren entscheiden müssen.“ Darüber hinaus will Tuchel Klarheit darüber, welche Länder ihren Bürgern die Aufgabe ihrer Staatsangehörigkeit erschweren oder sogar unzumutbar machen und, ob in solchen Fällen Ausnahmegenehmigungen von der Optionspflicht erteilt werden. Tuchel: „Sobald wir diese Fragen geklärt haben, werden wir im nächsten Schritt prüfen, ob und wie wir die geltenden Regelungen verändern können“.

**++ Psychotherapie auch in der Muttersprache ermöglichen ++**



Ali Seyrek

Winfried Brumma

Die Zahlen machen das Problem deutlich: Beispielsweise leben rund 46.000 russischstämmige Menschen in Bremen. Einen russischsprachigen Psychotherapeuten sucht man allerdings vergebens – und auch bei anderen Migrantengruppen sieht die Situation kaum besser aus. „Es mangelt für all diese Menschen eindeutig an einem Angebot psychotherapeutischer Versorgung in der Muttersprache“, sagt der SPD-Abgeordnete Ali Seyrek. Dabei sei gerade Migration ein bedeutender

Stressfaktor, der dazu führen könne, psychotherapeutische Hilfe zu benötigen, betont auch der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Winfried Brumma: „Der Verlust des sozialen Umfelds, eventuelle Belastungen durch Erfahrung mit Armut oder Krieg und ungewisse Zukunftsaussichten erhöhen das Risiko, an psychischen Beschwerden wie etwa Angststörungen oder Depressionen zu erkranken.“ Für Migrantinnen und Migranten die psychotherapeutische Hilfe benötigen, sei daher eine Beratung in der jeweiligen Muttersprache notwendig. „Eine funktionierende sprachliche Verständigung ist Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Therapie. Mangelnde Verständigung kann zu diagnostischen Unsicherheiten und therapeutischen Hürden führen“, ist sich auch Seyrek sicher. Mit einer parlamentarischen Initiative will die SPD-Fraktion sich nun auf Bundesebene für eine vereinfachte Zulassung von entsprechend qualifizierten Psychotherapeuten stark machen und Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu psychotherapeutischen Berufen erleichtern. Außerdem soll in den stationären Bremer psychiatrie- und Psychotherapie-Einrichtungen verstärkt auf Dolmetscher und sprachkompetente Fachkräfte gesetzt werden.

**++Veranstaltungsrückblick: Roma & Sinti – Vorurteile und Wirklichkeit ++**



Ruken Aytas und die Teilnehmer der Diskussion: (v.l.) Nermin Sali, Norbert Mappes-Niediek; Christoph Sodemann (Moderator) und Stefan Luft.

Unheimliche Menschen, bettelnde Frauen und stehlende Kinder. Die Liste der Vorurteile gegenüber Roma und Sinti ist lang. 12 Millionen Angehörige beider Bevölkerungsgruppen leben in Europa und sehen sich starker Diskriminierung ausgesetzt. Mit einem Diskussionsabend zum Thema hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion Anfang Februar die Thematik

aufgegriffen. Mit Erfolg: Mehr als 80 Interessierte sind der Einladung zur Veranstaltung „Roma & Sinti: Vorurteile und Wirklichkeit“ ins „Kwadrat“ gefolgt.

„Auch in Bremen konnte man zuletzt beobachten, dass es immer noch zu Vorverurteilung dieser Minderheiten kommt. So wurden beispielsweise Straftaten einzelner Jugendlicher in Blumenthal von manchen vorschnell und zu Unrecht den dort lebenden Roma-Familien angelastet“, betont Ruken Aytas, die den Diskussionsabend als Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion initiiert hatte. Der dazu eingeladene Balkanexperte und Autor des Buches „Arme Roma, böse Zigeuner“, Norbert Mappes-Niediek, benannte in seinem Vortrag gängige Vorurteile und beschäftigte sich mit deren Wahrheitsgehalt. Sein Fazit war eindeutig: Es gibt kein Roma- oder Sinti-Problem in Europa. Die Vorurteile entstammten vielmehr einem Armutproblem, das von vielen als Roma- oder Sinti-spezifisch fehlinterpretiert werde. Mappes-Niediek beschrieb dabei eine Art Teufelskreis: „Diskriminierung führt zu Armut, Armut führt zu Diskriminierung.“

In der anschließenden, vom Journalisten Christoph Sodemann moderierten Diskussionsrunde gingen die Referenten auch konkret auf die Situation in Bremen ein. Nermin Sali, selbst Rom und Lehrer in Bremen-Nord, berichtete, dass die meisten Schüler aus Roma-Familien ihre Herkunft aus Angst vor Diskriminierung verschweigen würden.



„Arme Roma, böse Zigeuner“: Rund 80 Besucher nahmen an der Diskussionsveranstaltung der SPD-Fraktion teil.

Der Politikwissenschaftler Stefan Luft machte derweil deutlich, dass die Roma in Bremen – allen Vorurteilen zum Trotz – keineswegs zu den „Integrationsunwilligen“ gehören und zudem eine hohe Kooperationsbereitschaft gegenüber der Polizei bestehe. Was muss also verbessert werden, um Vorurteile abzubauen und den betroffenen Bevölkerungsgruppen zu helfen? „Einfache Wege wird es nicht geben. Ein Hauptproblem ist, dass es auf europäischer Ebene an effektiven Lösungen für die Armutsprobleme der Roma und Sinti mangelt“, fasste Ruken Aytas die Diskussion zusammen. Gerade deshalb seien jetzt besonders auf regionaler Ebene Anstrengungen gefordert. „Die Bremer SPD-Fraktion stellt sich dabei ganz klar jeglicher Diskriminierung von Sinti und Roma entgegen.“ Auch angesichts der in den vergangenen Monaten steigenden Zuwanderungszahl von Sinti und Roma aus den osteuropäischen Staaten gelte es jetzt konkret zu handeln. „Dazu gehört auch, sowohl Stadtteile mit hohen Zuzügen an Zuwanderern, als auch die Angehörigen der Sinti- und Roma-Minderheit insgesamt noch deutlicher durch Integrations- und Hilfsangebote zu unterstützen, wie es nun beispielsweise in Blumenthal geschehen soll.“



Haben Sie inhaltliche Anmerkungen, Ideen oder einen Gesprächswunsch?  
Sprechen Sie mich gerne an.

**Valentina Tuchel**, *integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion*

E-Mail: [v.tuchel@gmx.de](mailto:v.tuchel@gmx.de)

Mobil: 0176 - 28 36 26 31